

14. November 1917.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Mittwoch 14. November 1917. 387.

7. Kriegsanleihe. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat folgenden Aufruf plakatieren lassen: Frieden haben wir den Gegnern angeboten, sie aber wollen Krieg und unsere Niederlage! Darum müssen wir für den Frieden weiterkämpfen! Nur durch die Kriegsanleihe können die Mittel dazu beschafft werden! Wer den Frieden will, zeichne daher Kriegsanleihe!

Schulfeier. Anlässlich der glücklichen Errettung des Kaisers aus erster Lebensgefahr hat der Bezirksschulrat Wien angeordnet, dass für die Schuljugend der Wiener Volks- und Bürgerschulen Dankgottesdienste abgehalten werden, an welchen die Schulkinder von der 3. Volksschulklasse aufwärts teilzunehmen haben. Außerdem sind aus diesem Anlaß in den Schulen für die Kinder von der III. Volksschulklasse aufwärts, sowie für die gesamte Schuljugend der Bürgerschulen einschließlich der einjährigen Lehrkurse in einem geeigneten Raume des Schulhauses patriotische Schulfeiern zu veranstalten, bei welchen in einer Ansprache des Schulleiters oder eines Mitgliedes des Lehrkörpers bei Anwesenheit der übrigen Lehrkräfte der Freude darüber Ausdruck zu geben ist, dass eine gütige Vorkehrung unseren geliebten Monarchen aus der größten Gefahr, in der er schwebte, errettet hat. Mit der Absingung der Volkshymne wird die Feier ihren Abschluss finden. Für die Schulkinder der I. und II. Volksschulklasse ist die Feier am selben Tage in ihren Klassenzimmern in einer der Altersstufe dieser Kinder angepassten Weise abzuhalten.

Diese Schulfeiern sind am demjenigen Tage, an welchen der Dankgottesdienst für die katholische Schuljugend stattfindet, und zwar je nach den gegebenen Verhältnissen vor oder nach diesem Gottesdienste zu veranstalten. Der Unterricht hat an dem betreffenden Tage zu entfallen.

Tag und Stunde für die katholische Schuljugend werden den Schulleitungen von den Ostschulräten bekanntgegeben werden.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten.

Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, den 17. November statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 24. November die Brot- und Mehlkarten für die 138. bis 145. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 63. bis 70. Woche, die Milchkarten für die 41. bis 48. Woche und die vom Monate Dezember an gültigen Seifenkarten ausgegeben werden. Da die ordnungsmäßige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hierfür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird sich empfehlen, daß die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen. Die neuen amtlichen Einkaufsscheine treten am Montag, den 19. November 1917 beim Bezuge von Fleisch für Mindestbemittelte, welches auf den Buchstaben A zur Ausgabe gelangt, in Kraft.

Bezirksratsitzungen. Die Bezirksvertretung Neubau hält am 16. dieses 5 Uhr, jene des Bezirkes Wieden am 20. d. M. ½ 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

14. November 1917.

WIENER GEMEINDERATS-SITZUNG

vom 14. November 1917.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Seit der letzten Tagung des Wiener Gemeinderates, haben sich auf dem südlichen Kriegsschauplatze Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung abgespielt.

Unter dem Oberbefehle des Kaisers war es dem unvergleichlichen Heldenmute der verbündeten Armeen beschieden, den welschen Feind von dem heiligen Boden unseres Vaterlandes zu vertreiben und unsere Waffen in der Verfolgung des Gegners bis tief ins feindliche Land zu tragen. (Lebhafter anhaltender Beifall). Voll Dank und Bewunderung senden wir unsere herzlichsten Grüße an die tapferen Streiter im Felde und verbinden mit den Grüßen das Gelöbnis auch unserer ersten Kriegspflicht im Hinterlande pflichtgetreu und unverzagt nachzukommen. (Heuerlicher stürmischer Beifall). In wenigen Tagen geht das erste Regierungsjahr Kaiser Karls zu Ende und mit freudiger Genugtuung blicken wir auf den Monarchen, der die Seele des Volkes kennt und mit ihr fühlt und schafft. Wir alle haben diese tiefe und indi-
gung, die sich unser Kaiser im Herzen seiner Völker errungen hat, so recht empfunden als uns die Nachricht von der schweren Lebensgefahr ereilte, in der unser Monarch auf dem Kriegsschauplatze geschwebt ist. Dem Allmächtigen sei heißer Dank dafür gebracht, dass er unseren geliebten Kaiser aus dieser Gefahr errettet und ihn seinen Völkern bewahrt hat, die in seiner geheiligten Person die sichere Gewähr für eine schöne friedliche Zukunft erblicken.

Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser, unser Land u. (Lebhafter Beifall und stürmische Heilrufe).

An den Beifallskundgebungen beteiligten sich auch die Zuhörer der vollbesetzten Galerien, welche sich gleich den Gemeinderäten von ihren Sitzen erhoben hatten.

Gespendet haben:

Die Direktion der k. k. österreichischen Sparkasse hat zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 Kronen und zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial, bezw. zur Verteilung von Speisemarken an die Armen Wiens je 2000 K, zusammen daher 10.000 Kronen.

Die Erben nach den Fabrikanten August Miller haben für die Armen des 6. Bezirkes 2000 K und für die Jugendfürsorge desselben Bezirkes 5.000 K gewidmet.

Herr Gustav Reitler hat aus Anlass des Ablebens seiner Gattin 1.000 K für die Armen Wiens gespendet.

Gesandter Rudolf Freiherr Mittag von Lenkheim hat für die Armen Wiens 1.000 K und dessen Bruder Freiherr Erwin von Mittag 300 K zu Gunsten der Armen des 19. Bezirkes gespendet.

Dr. Max Borowy hat den Armen des 1. Bezirkes einen Betrag von 500 K gespendet.

Franz Viereckel hat anlässlich der Feier des 100 jährigen Bestandes der Firma Schubert & Co des Armen des 4. Bezirkes 500 K gespendet.

Das Obersthofmeisteramt des Erzherzogs Friedrich hat der Feuerwehrmannschaft anlässlich der Hilfeleistung bei einem Brande den Betrag von 300 K, Baumeister Arnold Barber aus demselben Anlasse 200 K gespendet.

Für die städtischen Sammlungen wurde eine Sammlung von Kriegsge-dichten des Altgrafen Erich von Salm und von Oberleutnant Wilhelm von Marsona ein Bild darstellend ein Denkmal für die gefallenen Helden der Wiener Kavallerie Division und zwar aus Anlass der Wiedereroberung von Ostgalizien und der Bukowina, wodurch dieses Denkmal wieder in österreichischen Besitz gelangte, gewidmet.

Bezüglich der Ueberhandnahme der Eisenbahndiebstähle richtet der Eisenbahnminister Freiherr von Banhaus eine Zuschrift an den Bürgermeister, in der gesagt wird, dass eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Eisenbahndiebstähle ergriffen wurden. Hieher gehören die Verbesserung der Einfriedung und der Beleuchtung der Stationsplätze, die Verfügung, das die Güterzüge durch besondere Aufsichtsbeamte begleitet und die Wagen während ihres Aufenthaltes in der Station überwacht werden. Dem gleichen Zwecke dienen weiters die verschärfte Bewachung der Magazine, die Vornahme unvermuteter Streifungen auf den Bahnhöfen und unvermuteter Revisionen in den Personalkasernen und Wächterhäusern sowie eine verschärfte Tätigkeit der Kontrollorgane. Ferner wurde angeordnet, dass Wagen, die mit hochwertigen Gütern beladen sind, nach Möglichkeit mit Vorhängeschlössern oder durch Verfrachtung verschlossen und dass jenen bahneigenen oder auch bahnfremden Personen, die zur Entdeckung von Eisenbahndiebstählen beitragen, Prämien bis zu 300 K für den einzelnen Fall ausbezahlt werden. Schliesslich wurden die Direktionen angewiesen, zur Bewachung der Bahnhöfe und zur Durchführung der Streifungen auch Gendarmerie, Polizei und Militärwachen in möglichst ausgiebiger Masse zu verwenden. Infolge des Personenmangels können jedoch diese Maßnahmen oft nur unvollkommen durchgeführt werden. Die sogenannte Aktivkontrolle wurde weiter angestaltet, indem besonders Masse Fälle von Diebstählen bis in ihre Einzelheit verfolgt wurden.

Schriftführer G.R. Stangelberger verliest sodann einen längeren Magistratsbericht auf die in der letzten Gemeinderats-Sitzung vom G.R. Stein eingebrachte Interpellation hinsichtlich verschiedener Vorgänge auf dem Geflügelmarkt.

In Erwiderung einer in der letzten Gemeinderatssitzung von den Gemeinderäten Reumann und Skaret gestellten Anfrage über die Tätigkeit des Ausschusses zur Aenderung der Gemeindevahlordnung teilt der Bürgermeister mit, daß er sich der Bedeutung dieser Sache voll und ganz bewußt sei. Eine Verzögerung sei aus dem Grunde eingetreten, weil sowohl in der Mehrheit als auch bei der sozialdemokratischen Mehrheit die Anschauung herrscht, daß nur ein legitim gewählter Gemeinderat berufen ist, in einer so einschneidenden Angelegenheit zu urteilen. Es handle sich auch darum, die Möglichkeit von Burgfriedenswahlen in Aussicht zu nehmen infolge der ablehnenden Haltung der deutschfreisinnlichen Partei sei eine Entscheidung vorläufig nicht möglich. Uebrigens seien in der letzten Sitzung die beiden Unterausschüsse bereits gewählt worden.

2
GR. Kunschak schildert in einer Anfrage die Folgen der immer mehr überhandnehmenden Milchnot in Wien und fragt, ob der Bürgermeister dafür eintreten will, dass, solange der Bedarf an Milch für die Kinder nicht gedeckt ist, der Ausschank von milchhaltigen Getränken in den Kaffeehäusern und öffentlichen Speiseanstalten, wenn notwendig auch in den Kaffeehäusern auf die Morgenstunden beschränkt und erforderlichen Falles ganz verboten werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner: In Wien langen dermalen täglich rund 190.000 Liter Milch mittels Bahn ein, gegen 900.000 Liter in Friedenszeiten. Wir haben also tatsächlich eine Milchnot, die umso mehr verschärft wird, als die Produktion in den Ställen der Wiener Milchmaier von Tag zu Tag geringer wird. Die Ursache liegt im Mangel an Futtermitteln.

In meiner Gegenwart hat ein Vertreter der Futtermittelzentrale erklärt, die Wiener Milchmaier brauchen kein Futter, sie haben keine Existenzberichtigung. (Lebhafte Zwischenrufe). Es ist ungemein bezeichnend, dass die berüchtigten Zentralstellen die berechtigten Interessen ansässiger Geschäftsleute ebensowohl wie jene der Konsumenten aufs Tiefste verletzen. Man kann das nur auf das kraasse Unverständnis dieser sogenannten Fachleute zurückführen.

Die sogenannte Pflichtmenge für Kinder, stillende Mütter und Kranke in einer Menge von 145.000 Liter ist vorläufig noch gedeckt. Der Gemeinderat kann versichert sein, dass wir der Milchnot in Wien vollstes Augenmerk zuwenden. Wir werden nicht versäumen, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, bei einem noch weiteren Sinken der Zufuhr, die Pflichtmenge zu sichern. Wir haben vor kurzer Zeit neuerlich eine grössere Anzahl von Kühen aus Vorarlberg wieder angeschafft.

G.R. Rotter macht in einer Interpellation darauf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf den von unseren Feinden geplanten Wirtschaftskrieg der Einheit, die die Mittelmächte auf allen Schlachtfeldern darstellen, eine ebenso fest gefügte Einheit in wirtschaftlicher Beziehung gegenübergestellt werden müsse. Die zu Beginn der Tagung unseres Parlamentes von Seite der Tschechen und Südslawen abgegebenen staatsrechtlichen Erklärung müssen nicht nur allein als im höchsten Maße staatsfeindlich bezeichnet werden, sie bedeuten auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht eine schwere Schädigung der Interessen unseres Vaterlandes, da doch durch dieselben eine Auflösung des Reiches in politische Einzelheiten gefördert wird, der mit Sicherheit auch die wirtschaftliche Auflösung folgen müßte.

Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dahin zu wirken, daß eine alle Befürchtungen für die Zukunft zerstreuende Stellungnahme der Regierung unverzüglich erfolge, damit in unserem Vaterlande jeder staatsfeindlichen Agitation rechtzeitig der Boden abgegraben wird, Handel, Industrie und Gewerbe aber einer Zeit einheitlichen wirtschaftlichen Aufschwunges entgegenzuwirken in die Lage kommen.

Bürgermeister Weiskirchner: Ich kann nur erwidern, daß die österreichische Regierung eine eigene Kommission für die Uebergangs- und Friedenswirtschaft gebildet hat und eine Reihe von Kollegen des Gemeinderates dieser Kommission angehören, die bisher noch nicht in die Lage versetzt wurde, eine ersprießliche Tätigkeit zu entwickeln. Ich kann nur sagen, daß es selbstverständlich Pflicht der Gemeinde sein wird, sowohl durch Initiativanträge, als auch durch praktische Mittel Gewerbe und Industrie in der Uebergangszeit zu fördern.

G.R. Herold wünscht mit Rücksicht darauf, daß die Entfernung der Minen im Meere bei Triest im Zuge ist und der Fischfang sich somit wieder entfalten kann, es möge der hiesigen Fischerei, die für die Approvisionnement der Großstadt von der größten Bedeutung sei, die vollste Aufmerksamkeit zugewandt werden. Der Bürgermeister möge auch bei der Regierung vorstellig werden, daß eigene Fischzüge mit Eisvorrichtungen von Triest nach Wien verkehren.

~~Bürgermeister Weiskirchner: Sie können überzeugt sein, daß alles rechtzeitig vorgekehrt werden wird, um jene Maßnahmen zu treffen, welche das Fischen in der Adria und den Transport der Fische ermöglichen. Aber vorläufig besteht noch das Verbot des Fischens in den Kriegsgewässern und man kann keinem Fischer zumuten, sein Leben zu riskieren.~~

G.R. Neustadt interpelliert über die von den Zeitungen bereits gemeldete Adaptierung dreier Zinshäuser im 1-Bezirk für Zwecke der Baumwollzentrale.

Bürgermeister Weiskirchner: Der gemeinderätliche Wohnungsausschuss hat sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und der V.B. Rain wird gelegentlich des heutigen Referates Anträge stellen, welche diesen Gegenstand betreffen.

GR. Hedorfer fragt, ob der Bürgermeister sich mit der Direktion der niederösterreichischen Landesbahnen ins Einvernehmen zu setzen wolle, um eine Umsteigmöglichkeit von der städtischen Strassenbahn auf die niederösterreichische Landesbahn Wien-Pressburg herzustellen, damit den begründeten Beschwerden abgeholfen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Frage der Einführung eines Umsteigverkehrs von der städtischen Strassenbahn auf die niederösterreichische Landesbahn ist von weittragender Bedeutung; es wird daher die Anfrage als Antrag dem Magistrat zugewiesen werden.

GR. Kubasek fragt an: Nachdem es sich fasst bei jeder Verordnung, welche seitens der Regierung erlassen und von der politischen Behörde I. Instanz zur Durchführung gebracht werden musste, gezeigt hat, dass der ganze Groll der Bevölkerung sich gegen den Chef des Magistrates dem Bürgermeister und in weiterer Folge gegen die ganze Gemeindevertretung und Verwaltung richtet, obwohl dieselben an verfehlten und undurchführbaren Verordnungen keine Schuld tragen, sondern die I. Instanz nur das Vollzugsorgan für die Regierungsverordnungen ist, wird an den Bürgermeister die Anfrage gestellt ob derselbe geneigt ist, bei der Regierung mit allem Nachdrucke dahin zu wirken dass, bevor solche Verordnungen erlassen werden, er um seine Wohlmeinung befragt wird, wodurch undurchführbare Verordnungen verhindert und der Bevölkerung die Ursache zum ungerechten Hass gegen ihn und die Gemeindeverwaltung entzogen wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Gemeindeverwaltung hat wiederholt die Regierung aufmerksam gemacht, dass es sich empfehlen würde, vor dem Erscheinen von Verordnungen, die Gemeinde zu befragen. Die Regierung hat dies aber nicht für notwendig befunden. Die breiten Massen der Bevölkerung müssen aufmerksam gemacht werden, einen Unterschied zu machen zwischen dem, der eine Verordnung erlässt und dem, der gezwungen ist, sie durchzuführen.

GR. Skaret fragt, ob der Bürgermeister willens ist, das leerstehende der Gemeinde Wien gehörige Strassenbahnerheim in Deutschaftenburg augenblicklich nützlicher der Großstadt dienender Verwendung zuzuführen und dadurch das für dieses Heim aufgewendete Kapital nutzbar zu machen?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Begründet die Leerstellung des Heimes damit, dass die Strassenbahner die Beköstigung ohne Abgabe der Lebensmittelkarten forderten. Die Ernährungsverhältnisse in Deutschaftenburg waren so schlecht, dass man auch heuer Kinder nicht hinschicken konnte. Die Entsendung der Kinder werde er in Evidenz halten und der Stadtrat werde hierüber einen Bericht unterbreiten.

GR. Rotter fragt mit Rücksicht darauf, dass den Brotfabriken die Bewilligung der Nacharbeit bis 1. Februar 1918 erstreckt wurde, während sämtliche Kleinbetriebe des Bäckergewerbes verhalten wurden, vom 10. Mai L.J. angefangen die Nacharbeit in ihren Betrieben einzustellen, ob der Bürgermeister geneigt ist, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass diese unwürdige und unerhörte Bevorzugung der Brotfabriken seitens des Ernährungsamtes und der Kriegsgetreideverkehrsanstalt endlich beseitigt werde?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Gemeinde hat nicht viel Einfluss in dieser Sache. Ein Vertreter des Magistrates hat bei diesem Anlasse erklärt, dass Gross- und Kleinbetriebe völlig gleichzustellen sind. Ich werde die vorliegende Anfrage dem Handelsministerium beziehungsweise dem Ministerium für Volkswohlfahrt vorlegen.

GR. Hnischauer interpelliert über die unhaltbaren Zustände, die in der letzten Zeit im Packetpostdienste eingetreten sind. Hunderte von Postpaketen verschwinden während der Beförderung, eine Unzahl von Paketen wird im erbrochenen und beraubten Zustande abgegeben, andere wieder langen erst nach einem so langen Zeitraume ein, dass die Lebensmittel bereits verdorben sind. Aber auch die Beförderung von pneumatischen und Expressbriefen geben zu den schwersten Vorwürfen berechtigten Anlass.

Der Bürgermeister wird gefragt, ob er auf eine ehestige Beseitigung der besprochenen Uebelstände hinwirken wolle?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Der Präsident der Post- und Telegrafendirektion übermittelt eine ausführliche Darstellung der Ursachen dieser Verhältnisse. Das Verschwinden oder die Inhaltsverminderung von Postpaketen beruhe nicht immer auf unredlicher Gebahrung von Postbediensteten, sondern sei oft auf Umstände zurückzuführen die sich der Einwirkung der Postanstalt entziehen, wie mangelhafte Verpackung, Fehlen von Adressen, Eisenbahnwagenbrände, verursacht durch die Beigabe von leichtentzündlichen Gegenständen, Schwierigkeit der Ueberwachung bei der Beförderung auf der Eisenbahn u.s.w. Die Verzögerung der Beförderung von Postpaketen sei auf die seit Kriegsbeginn bestehenden Verhältnisse im Eisenbahnverkehr und auf die ausserordentlichen Schwierigkeiten im Strassenpostbetriebe zurückzuführen. Die Postämter seien beauftragt Sendungen, die aus der Art ihrer Verpackung den verderblichen Inhalt erkennen lassen, möglichst rasch weiter zu leiten und dem Publikum ist durch die Einführung der sogenannten dringenden Pakete Gelegenheit geboten, besonders dringlichen Sendungen die tunlichst rascheste Beförderung zu sichern. Die Uebelstände bezüglich der Rchrpost und Eilbriefsendungen seien in erster Linie auf das vielfach unverlässliche Kriegshilfspersonal zurückzuführen. Die Auswahl von verlässlichen Personen sei infolge des allgemeinen Mangels an Hilfskräften sehr beschränkt. Das Personal werde jedoch so viel als möglich kontrolliert, jede Anzeige sorgfältig untersucht. Die einer Unredlichkeit erwiesener Organe werden entlassen und unter Umständen der gerichtlichen Bestrafung zugeführt.

GR. Kunschak fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, dahin vorstellig zu werden, dass die bestehenden Beleuchtungsvorschriften im Parlamente ihre volle Beobachtung finden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde die Interpellation der Hausverwaltung des Parlamentes übermitteln.

GR. Richter weist in einer Interpellation auf die Einberufung einer grossen Anzahl bisher vom Waffendienste entlassener Gemüsegärtner hin, und wünscht deren weitere Enthebung im Interesse der Approvisionnement der Stadt Wien.

Bgm. Dr. Weiskirchner verspricht die Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung.

G.R. Schäfer beklagt in einer Interpellation die Schließung der öffentlichen Bäder in jeder Woche von Donnerstag bis Sonntag und wünscht, daß die Bäder in der ganzen Woche mit Ausnahme von Montag offen gehalten werden. Die Badezeit könnte täglich auf die Stunden von 9 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags anstatt bis 6 Uhr abends festgesetzt werden. Er fragt, ob der Bürgermeister, dem er diese Angelegenheit vor 14 Tagen persönlich vorgetragen habe, im Sinne dieser Vorschläge bei den betreffenden Behörden bereits vorgesprochen habe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Hinsichtlich der Neuordnung der Badezeit wurde heute eine Verordnung in der Wiener Zeitung verlautbart. Wir müssen abwarten, welche Stellung die Bäderbesitzer hiezu einnehmen werden. Es ist jetzt jedem Badebesitzer die Möglichkeit gegeben, nach individuellen Verhältnissen die Badezeit zu bestimmen.

G.R. Schäfer fragt mit Rücksicht darauf, daß die innere Stadt eines jeden Verkehrsmittels entbehre, ob der Bürgermeister geneigt ist, für die sofortige Reaktivierung des Autobus-Pendelwerkes auf den Linien Oper-Marienbrücke, Schottentor-Stefanplatz und Börseplatz-Wollzeile Sorge zu tragen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wir haben nicht die Möglichkeit, im gegenwärtigen Augenblicke Autoomnibusse in den Verkehr zu bringen, da uns die Pneumatik, der Benzin, sowie das nötige Material für die Ausbesserung der Wagen fehlen. Infolge dieser Schwierigkeiten ist es ganz ausgeschlossen, daß in der nächsten Zeit eine Verbesserung des Verkehrs eintritt.

G.R. Kunzack fragt mit Beziehung auf eine Umschulung im 13. Bezirk wodurch die Kinder in eine halbe Stunde entfernter liegende Schule gehen müßten, welche Maßregel bei dem notorischen Mangel an Schuhen und Kleidern nicht nur die Ärmere sondern auch die bemittelte Bevölkerung sehr hart trifft, ob der Bürgermeister dafür Sorge tragen wolle, daß eine Ueberprüfung und Abänderung der jetzt bestehenden, von der Bevölkerung so unliebsam empfundenen Einschulung ehestens vorgenommen werde.

Bürgermeister Weiskirchner: Die Umschulungen sind Sache der Schulbehörde, ich werde mir die Angelegenheit vorlegen lassen und prüfen.

G.R. Dr. von Dorn fragt: Ist der Bürgermeister geneigt, den Plänen für fruchtbarere Verwertung des Wärmeüberschusses der städtischen Elektrizitätswerke seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie genau und vorurteilsfrei prüfen zu lassen und im Falle der technischen und ökonomischen Durchführbarkeit dafür zu sorgen, daß sie ehestens zur Ausführung gelange?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die in Anfrage gestellte Anregung ist sehr beachtenswert, übrigens wurde diese Angelegenheit bereits vom Stadtrate insofern behandelt, als die Anstellung eines Chemikers von anerkannter Autorität genehmigt wurde.

GR. Stein interpelliert neuerlich über die angebliche Freistreiberei in Gänsen auf den Wiener Märkten.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt: Es ist ein trauriges Geschäft sich in den Kampf der Gansler einmischen zu müssen. Der Bürgermeister verliest sodann zwei Protokolle, während welcher Verlesung sich zahlreiche etwas lernende Kontraversen zwischen GR. Stein und Bezirksvorsteher Dr. Blasel einerseits und Mitgliedern der Majorität entspinnt. In den Protokoll erklärt Herr Berthold Schindler, dass er bedauert, infolge schlechter Information Vorwürfe erhoben zu haben. Herr Felsner erklärt mit Rückicht auf die erhaltenen Aufklärungen, dass er der Behörde durchaus keine Vorwürfe machen wollte, da er hiezu keinen Anlass hatte. Der Bürgermeister fügt hinzu: Was die beleidigenden Vorwürfe des GR. Stein gegen ehrbare tüchtige Beamte anbelangt, muss ich es diesen Beamten selbst überlassen, die erforderlichen Schritte gegen GR. Stein einzuleiten.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Viz. Bgm. Hierhammer übernimmt den Vorsitz

StR. Braun legt ein Uebereinkommen mit der Firma Georg Schicht A.G. betreffend die Ergänzung der Liegenschaften E.Z. 349 und 1502 des Grundbuches Simmering im 11. Bezirk vor, das auch von GR. Melcher befürwortet wird. Die Anträge werden angenommen.

StR. Haas legt ein Uebereinkommen mit dem St. Josef-Kinderspitalverein bezüglich der Ueberlassung von Bürgerspitalfondsgründen am Margarethengürtel im 5. Bezirk vor. (Angenommen.)

Vize-Bürgermeister Rain beantragt, dass der Admonter Worfindustrie Robert Weinlinger & Co. auf Ankauf der dieser Firma eigentümlichen Fabriksrealitäten und auf Abtretung der mit dem Admonter Stifte bis zum Jahre 1932 bestehenden Pachtverträge gegen 188.000 K zu genehmigen. (Angenommen.)

Vize-Bürgermeister Rain beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zur niederösterreichischen Obstmostgesellschaft m.b.H. als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 40.000 K (Angenommen.)

V.D.M. Rain berichtet über eine Eingabe der Firma Saini & Co. wegen Ermässigung des Bestandzinses für die Ankündigungsschulden.

G.R. David spricht sich dagegen aus und beantragt bei dieser Gelegenheit nach Ablauf der Verträge, die Ankündigungen auf den der Gemeinde gehörigen Plakatierungsplätzen zu verstädlichen

Die Referentenanträge werden angenommen und der Antrag David genügend unterstützt an der Stadtrat geleitet.

V.B.M. Rain legt sodann die bekannten Anträge wegen Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel während des Krieges. Der Referent führt aus, daß die Verhältnisse bis April d.J. beinahe die gleichen waren, wie vor dem Kriege und sich erst von da ab gewaltig änderten. Während dem Frühjahr noch 7516 Lehrstehungen gemeldet waren, sind derzeit nurmehr 2933 Lehrstehungen und diese meist im Peripheriebezirken vorhanden, eine Zahl die fortwährend noch abnimmt. Dabei ist die Erbauung von neuen Häusern oder Baracken ebenso die Umwandlung von Geschäftslokalen und Wohnungen infolge des kolossalen Mangels an Rohmaterialien und Arbeitskräften nahezu ausgeschlossen, ja unmöglich. Die Gemeinde muß daher noch während des Krieges und in kürzester Zeit dafür sorgen, daß nicht die in Wien sesshafte Bevölkerung plötzlich vor der Tatsache steht, keine Wohnungen mehr zu finden. Da gibt es nur einen Ausweg, Verringerung der Mieter durch Rückkehr der Flüchtlinge, welche durch länger als drei Jahre sich schon in Wien aufhalten und deren Heimatsländer bereits wieder vom Feinde befreit sind. Die Gemeinde hat in erster Linie die Aufgabe, für ihre heimische sesshafte Bevölkerung zu sorgen und jetzt wo wir selbst in Not und Bedrängnis sind, müssen wir Mittel und Wege schaffen, damit unsere eigene Bevölkerung wieder hier wohnen kann. Von einem Teile der Presse wird diese Seite der Flüchtlingsfrage nicht besonders liebenswürdig aufgenommen, aber wie stellen sie sich die Verhältnisse und ihre weitere Entwicklung vor, wenn die in Wien heimatsberechtigten Familienväter, deren Zahl in die tausende geht, aus dem Felde zurückkehren und für sich und ihre Familien keine Wohnungen hier finden. Es ist nicht nur einfachste Billigkeit sondern unser Recht wenn wir verlangen, daß die Flüchtlinge und Ausländer die Stadt wieder verlassen, in der wir an der Wohnungsnot leiden. Eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot bedeutet, das erst in den letzten Tagen auch in der Presse behandelte Vorgehen großer Gesellschaften, wie der Union E-G. und der Baumwollzentrale, ganze Häuserblocks anzukaufen und die Mieter einfach auf die Straße zu werfen. Ja sogar das Ministerium für soziale Fürsorge, dem man ein solches Vorgehen am allerwenigsten zutrauen würde, hat ein ganzes Haus im 3. Bezirk erworben und die Parteien ausgemietet. Aus all diesen Gründen ist wohl auf eine einstimmige Annahme der Anträge zu hoffen.

G.R. Ignaz Fischer tritt als erster Redner für die Referentenanträge ein, da die Wohnungsmisere in Wien bereits heute eine geradezu furchtbare sei.

G.R. Dr. von Dorn führt aus, daß zur Verhinderung der Umwandlung von Wohnungen in Geschäftslokale von der Regierung ein Gesetz erlassen werden müßte, da nur ein solches Abhilfe schaffe. Da die Wohnungsnot aber nicht allein in Wien, sondern auch in anderen Städten bestehe, werden zweifellos zu diesem Gegenstande von auswärts zustimmende Kundgebungen einlaufen. Was die Freigabe der Kündigung der Flüchtlingswohnungen anbelange, werde dies nicht viel nützen, da die meisten von ihnen, die ordentliche Wohnungen bewohnen, sehr gute Zahler sind und die Hausherrn sich aus bloßer Humanität nicht beeilen werden, ihnen zu kündigen. Redner bringt schließlich eine Reihe von Anregungen vor und erklärt im Übrigen für die Anträge zu stimmen.

G.R. Reumann betont, daß jedes Wort der temperamentvollen Ausführungen des Referenten zugleich eine Anklage gegen die Gemeinde selbst sei, weil auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge in früheren Jahren alles vernachlässigt worden sei. Die Vertreter seiner Partei seien dagegen stets als Mahner aufgetreten, wenn sie auch damit keinen Erfolg erzielen konnten. Mit der bloßen Stellung von Anträgen werde auch jetzt nichts erreicht werden.

Der Bezirksvorsteher von Mariahilf Wolfgang Dirnbacher -70 Jahre alt.
Heute versammelte sich die Mariahilfer Büohnerschaft über Einladung des Bezirkswahlkomitees und der Bezirksvertretung im Festsaal des Amtshauses, um dem verdienstvollen Bezirksvorsteher Wolfgang Dirnbacher anlässlich seines 70. Wiegenfestes zu beglückwünschen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner war persönlich gekommen, um im eigenen Namen und den der ganzen Stadt dem Jubilar zu gratulieren. Weiters waren unter den Festgästen zu bemerken: Frau Exzellenz Dr. Pattai, Hofrat Feik vom Roten Kreuz, die Stadträte kaiserlicher Rat Wesely und Spalowsky, UGR. Dr. Glaser, die GRs. Schwarz, Paulitschke, kaiserlicher Rat Laubek und Schelz, Landtagsabgeordneter Anderle, Bezirksschulinspektor Professor Ludwig, die Pfarrer des Bezirkes, die vollzählige Bezirksvertretung, zahlreiche Ortsschul- und Armenräte, sowie die Vorsteher und Vorsteherinnen der Vereine des Bezirkes und viele Festgäste. Nach Eröffnung der Feier brachten ihre Glückwünsche vor: Bezirksschulrat Direktor Jettel für die Bezirksvertretung, GR. Schelz für das Armeninstitut, der Obmann des Ortsschulrates Zeithammel und Stadtrat Spalowsky für das Bezirkswahlkomitee. Ein Schulmädchen dankte dem Geburtstagskind, als eifriger Förderer der Jugend und nach des Bürgermeisters Glückwunsch dankte Bezirksvorsteher Dirnbacher mit tränenreicher Stimme für die ihm zuteilgewordene Ehre. Die Bezirksvertretung überreichte dem Jubilar sein Bildnis und die Körperschaften und Vereine des Bezirkes zwei größere Sparsparlagen, die Bezirksvorsteher Dirnbacher der Jugendfürsorge zu widmen versprach. Ein aus den Schulen des Bezirkes zusammengestellter Kinderchor brachte einige weihevollere Chöre zum Vortrag.

(Punkt 3)

Der Redner wendet sich dann gegen die Bestimmung, dass die Verordnung über Mieterschutz hinsichtlich des Kündigungsrechtes der Vermieter dahin abzuändern wäre, dass die Kündigung gegenüber jenen Mietern freigegeben wird, welche am 1. August 1914 ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien hatten und bezüglich deren nicht ausnahmsweise Rücksichten obwalten. Weiters spricht sich GR. Reumann gegen eine Durchbrechung der Mieterschutz-Verordnung aus. Heute zeige es sich übrigens, dass die Beschränkung auf Wohnungen bis zu einem Vierteljahrszins von 500 K zu enge gefasst war. Es seien auch zu wenig Ortschaften in die Mieterschutz-Verordnung einbezogen worden. In dem Momente des Ueberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft werde die Bevölkerung vor einer Katastrophe stehen. Weder die Rotunde, noch die Strassenbahnremisen eignen sich zu Wohnungen, auch die Baracken werden zu dieser Zeit noch fürs Militär verwendet werden. Es wäre die Frage, ob die Gemeinde jetzt schon leichte Wohnbaracken errichten können. Die Frage sei mit Rücksicht auf das Fehlen des Materials eher mit Nein zu beantworten. Die von den Flüchtlingen jetzt bewohnten Räume decken kaum den gegenwärtigen Bedarf. Es werde notwendig sein, dass der Wohnungsausschuss häufiger zusammentritt und sich mit der Frage der Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege eifrig beschäftigt. Redner beantragt schliesslich die Streichung des Punktes 3.

G.R. Aug. Schmidt beantragt Schluß der Debatte.

G.R. Melcher: Der Wohnungsmangel in Wien sei statistisch schon seit 6 Jahren nachgewiesen und er habe schon im Jahre 1911 den Antrag gestellt, an der Peripherie der Stadt auf Gemeindegrund in eigener Regie ein Stock hohe Wohnhäuser mit Kleinwohnungen für 8 Parteien zu errichten und in Pacht zu geben. Heute haben wir 2500 leerstehende Wohnungen, das entspreche einem Leerstellungskoeffizienten von 0.5% gegenüber den normalen von 3 bis 4 %. Bei einem jährlichen Zuwachse von 40.000 Menschen sind unter der Annahme, daß 20 Wohnungen in einem Hause geschaffen und 4 Personen in einer Wohnung Platz finden, 500 Wohnhäuser jährlich neu zu erbauen. So viel Häuser sind in keinem der letzten Jahre errichtet worden, Zu bedauern ist es, daß die im Jahre 1914 begonnenen Bauten nicht fertig gestellt werden konnten, da der Weiterbau heute das Vierfache kostet.

Wenn die heutigen Zustände weiter fortschreiten, werden wir im Februar 1918 überhaupt keine leerstehende Wohnung in Wien mehr haben. Die Parteien, die durch die Baumwollzentrale ausgemietet werden, werden im Mai 1918 daher überhaupt keine Wohnungen in Wien bekommen. Die Baumwollzentrale, die sich wahrscheinlich in ein Baumwollkartell umwandeln werde, hätte Platz genug in den derzeit leerstehenden 6000 Geschäftslokalen. Die Gemeinde werde durch die Nichtbewilligung der Adaptierung für Bürozwwecke es in der Hand haben, die Mieter gegen die Baumwollzentrale zu schützen. Baudirektor Stern weise in einer eben erschienenen Schrift nach, daß das Bauen sich um 400 Prozent verteuert haben, daß es demnach in nächster Zeit ausgeschlossen sei, ein rentables Haus zu bauen. Zur Erbauung von Häusern mit Kleinwohnungen sei nur dann die Möglichkeit gegeben, wenn außer der vollständigen Steuerfreiheit noch eine 33 perzentige Erhöhung des derzeitigen Mietzinses eintritt.

Die Bauordnung sei wie ein Damoklesschwert über den Bauherrn gehängt, die das Bauen immer wieder aufschoben. Häuser werden nur gebaut, wenn sie eine entsprechende Verzinsung abwerfen. Auch im Wohnungswesen gelte der Grundsatz vom Angebot und Nachfrage.

Bezüglich der Grundpolitik der Gemeinde müsse festgestellt werden, daß der Preis, den die Gemeinde für einen Grund zahle, für die Gründe der ganzen Umgebung maßgebend sei. Die Gemeinde dürfe daher nicht zu hohen Preisen kaufen, vielmehr jedesmal den Grund zu enteignen trachten, wenn sie unbedingt den Grund braucht.

Das Mieterschutzgesetz habe gewiß Härten, die bei einer Regelung Ende 1918 beseitigt werden können.

Wenn beantragt würde, es möge ein größerer Vorrat von Baumaterialien angeschafft werden, so müsse dem entgegengehalten werden, daß solche Materialien teils viel zu teuer, teils gar nicht vorhanden sind. Wohl aber könnte die Gemeinde die Errichtung einer eigenen Ziegelei ins Auge fassen.

GR. Ullreich tritt zuerst dafür ein, dass die Anträge des Referenten rückwirkend vom 1. November 1917 in Kraft treten sollen, um derartige Häuserkäufe in letzter Minute, wie sie dieser Tage vorgekommen seien, in ihren Wirkungen auf die Bevölkerung einzudämmen. Der Redner wendet sich sodann der Flüchtlingsfrage zu und sagt, dass die Geduld der Bevölkerung in diesem Falle bereits in einem Masse in Anspruch genommen sei, dass es einfach nicht mehr weiter gehe. In der staatlichen Flüchtlingsfürsorge stehen derzeit noch 441.000 Personen, von denen 85.000 in Baracken lagern untergebracht, 356.000 aber in Gemeindehaushalten sich aufhalten. Hievon entfallen auf Niederösterreich 64.700 und auf Wien 50.800, also fast ein Viertel der gesamten Flüchtlinge. Rechnet man hierzu noch die Kriegsgefangenen, so können man ermessen, wie ein solcher Bevölkerungszuwachs das ganze Ernährungsproblem über den Haufen werfe. Der grösste Fehler der Regierung aber war es, gerade nur die christliche Flüchtlinge in die Baracken zu sperren, die Juden aber frei in den Städten anzusiedeln. Nach dem amtlichen Ausweise vom 1. September 1917 sind von den erwähnten 85.000 Baracken Anässigen nur 1400 Israeliten und unter den insgesamt 441.000 Flüchtlingen befinden sich noch immer 180.000 Israeliten. Von den in Wien sich aufhaltenden 50.800 Flüchtlingen sind, immer nach dem amtlichen Ausweise 43.709 Juden; dabei sind aber nur die gezählt, die noch eine staatliche Flüchtlingsunterstützung geniessen. Der Redner richte daher im Interesse der Wiener Bevölkerung an die Regierung die dringende Aufforderung, auf dem Gebiete der Flüchtlingsfrage mit allen Kräften Ordnung zu schaffen. Wir wollen nur hoffen, dass unsere Regierung ebenso tatkräftig eingreife wie die ungarische in Budapest.

Mit dem vom GR. Meischer gemachten Vorschlage auf Verkauf von städtischen Gründen zur Beschaffung von Kleinwohnungshäusern kann er sich nicht einverstanden erklären. Redner wünscht die endliche Einführung einer Wohnungsaufsicht und die Vorsorge für die Unterbringung kinderreicher Familien in Wohnungen und bespricht endlich die Massnahmen zur Beschaffung von Wohnungen nach dem Kriege. Redner wünscht eine ausgiebige Besteuerung von Bauplätzen und richtet schliesslich das Mahnwort an den Staat, es mögen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit die Bestrebungen der Gemeinde in die Tat umgesetzt werden können.

GR. Dr. Stich: Das Zurückbleiben der Flüchtlinge in Wien und der vollständige Stillstand der Bautätigkeit während des Krieges haben zum grossen Teil den jetzt bestehenden Wohnungsmangel hervorgerufen. Der Rückgang der Bautätigkeit habe allerdings schon vor Kriegsbeginn begonnen. Die Gemeinde Wien habe schon im Jahre 1902 eine systematische Wohnungs- und Bodenpolitik ergriffen. Es ist keine Härte, wenn wir heute Personen von unserer gastfreundlichen Türe weisen, wenn wir die Wohnungen für unsere einheimische Bevölkerung benötigen. Durch die Mieterschutzverordnung haben die Hausherren ausserordentlich Opfer bringen müssen. Er könne nicht annehmen, dass die Gültigkeit über das Jahr 1918 hinaus erstreckt werden wird. Die Mittel, die vorgeschlagen werden, sind - wie wir alle wissen - nicht geeignet, eine vollständige Remedur herbeizuführen und der Wohnungsausschuss werde sich sicherlich noch mit dem Gegenstand beschäftigen. Auch die vom Redner vorgeschlagene Bewilligung des Bauens von Mansarden werde vom Ausschusse bereits beraten. Redner erklärt, für sämtliche Anträge des Stadtrates zu stimmen.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden dessen Anträge mit dem Zusatzantrage des GR. Ulreich auf Rückwirkung angenommen. Der Antrag des GR. Reumann auf Ablehnung des Punktes 3 entfällt.

Es folgt hierauf die Erledigung einiger kleinerer Stücke der Tagesordnung
